

Protokoll der Sitzung des Behindertenbeirats

Sitzungsdatum: 30.06.04
Sitzungsbeginn: 16.30 Uhr
Sitzungsende: 19.00 Uhr
Sitzungsort: LVA Rheinprovinz, Service-Zentrum Wuppertal
Wupperstr. 14, 42103 Wuppertal

Sitzungsteilnehmer/-innen:

Herr Engels, Herr Werner, Herr Krefting, Frau Leutheuser, Frau Winkler-Rohlfing, Frau Longrée, Frau David, Herr Reinshagen, Frau Glaser, Herr Heise, Herr Gerhards, Frau Rohde, Herr Paul-Römer, Frau Simon, Frau Neubauer, Herr Schöpp, Herr Hansen, Herr Dr. Kühn, Herr Temme, Frau Dahlheim

Entschuldigt:

Herr Cramer, Herr Norf, Frau Zülke, Herr Altenfeld, Frau Witt, Frau Panetta-Jung, Frau Biewald

Zu Top 1: Begrüßung durch den Gastgeber Herr Lenhart

Herr Lenhart begrüßt die Anwesenden; stellt das Service-Zentrum Wuppertal vor und berichtet über dessen Entstehung.

Zu TOP 1a: Begrüßung

Herr Engels begrüßt die Anwesenden.

Zu TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zu TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Engels schlägt vor die Tagesordnung wie folgt zu ergänzen:

Der als Tischvorlage eingebrachte Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Rollstühlen in öffentlichen Gebäuden soll als TOP 6 auf die Tagesordnung; der Antrag zur Neuanschaffung und Bereitstellung von Behindertentoiletten als TOP 6a.

Es werden keine Einwände erhoben.

Die Tagesordnung wird – wie vorgelegt – genehmigt.

Zu TOP 4: Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26.11.03

Herr Hansen bittet in TOP 12 des Protokolls vom 21.04.04 unter Punkt 2 im ersten Satz das Wort „Beiräte“ durch „Ausländerbeirat“ zu ersetzen und in TOP 14 des Protokolls vom 21.04.04 unter Punkt letzter Absatz das Wort „DPWV“ durch „Die Färberei“ zu ersetzen.

Es werden keine weiteren Einwände gegen die Protokolle erhoben; sie sind damit genehmigt.

Zu TOP 5: Bestellung eines neuen Mitgliedes

Herr Engels schlägt Frau Longrée vor.

Frau Longrée stellt sich zur Verfügung und wird bei 3 Enthaltungen einstimmig gewählt.

Frau Longrée nimmt die Wahl an.

Zu TOP 6: Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Rollstühlen in städtischen Gebäuden

Herr Engels berichtet, dass der Antrag im Ausschuss Soziales und Gesundheit abgelehnt wurde, obwohl die Rollstühle seitens des Reha-Teams 2000 gesponsert werden und der Verwaltung keine Kosten hierdurch entstehen.

Er beantragt daher, der Behindertenbeirat möge wie folgt beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in städtischen Gebäuden (Rathaus Barmen, Verwaltungshaus Elberfeld) Rollstühle für gehbehinderte Menschen vorzuhalten, die diese während ihrer Aufenthalte im jeweiligen Gebäude nutzen können.

einstimmig

Zu TOP 6a: Antrag zur Neuanschaffung und Bereitstellung von Behindertentoiletten

Herr Dr. Kühn berichtet, dass die der Zeit von der Fa. Stroer aufgestellten Toiletten mit einem exklusiven Werbevertrag für die Fa. Stroer gekoppelt seien. Es müsse daher zunächst geprüft werden, ob es zum einen möglich ist, anderen Anbietern ähnliche Konditionen anzubieten und ob dies zum anderen nicht mit den Vertragskonditionen der Fa. Stroer kollidiert.

Herr Engels ergänzt, dass nach Rücksprache mit Herr Wagner, GMW, 4 unterschiedliche Stellen am Verfahren beteiligt seien. Er habe daher vorgeschlagen, sich zunächst mit den Beteiligten zusammensetzen und die Möglichkeiten im Gespräch zu erörtern.

Herr Heise begrüßt diesen Vorschlag und meint, man könne im Anschluss an diese Gespräch über den Antrag entscheiden.

Herr Dr. Kühn wird eine Bestandsprüfung und die Möglichkeiten einer Erweiterung des bestehenden Angebotes prüfen lassen und in der nächsten Sitzung berichten.

Herr Engels beantragt, der Behindertenbeirat möge den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückstellen.

einstimmig

Zu TOP 7: Antrag zur Mittelbereitstellung für die Tätigkeit des Behindertenbeirates

einstimmig

Zu TOP 8: Antrag zur Satzungsänderung

einstimmig

Zu TOP 9: Antrag zur beruflichen Förderung von Integrationsjugendlichen

Herr Dr. Kühn berichtet, dass im Ausschuss Soziales und Gesundheit kein Beschluss über den Antrag gefasst wurde. Es wurde vorgeschlagen, das Problem nicht nur auf Basis der Förderjugendlichen zu erörtern, sondern auf alle betroffenen behinderten Jugendlichen

auszuweiten und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Der Antrag hatte somit seine Erledigung gefunden.

Herr Paul-Römer ergänzt, dass diesbezüglich gemeinsame Gespräche mit der Verwaltung stattfinden sollen.

Herr Reinshagen fragt nach, ob denn eine Lösung für die 9 genannten Jugendlichen gefunden worden sei.

Herr Paul-Römer bejaht dies. Die Jugendlichen sind für ein Jahr Berufsvorbereitung in die Fördergruppe der Kohlstraße aufgenommen worden.

Entgegennahme ohne Beschluss

Zu TOP 10: Antrag zur Errichtung eines Gartens der Sinne

Herr Engels schlägt vor den ersten Satz der Begründung „Aus aktuellem Anlass bietet sich zur Zeit der Deweertsche Garten an.“ zu streichen.

einstimmig

Zu TOP 11: Antrag zur Vorlage von Wahlprüfsteinen

Frau Winkler-Rohlfing schlägt vor den die Frage zu § 1 wie folgt zu ändern:

„Durch welche konkreten Maßnahmen soll gewährleistet werden, dass Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht wird?“

Frau Dahlheim schlägt vor, den Zeitpunkt der Beantwortung der Fragen zu konkretisieren, damit gewährleistet ist, dass diese bis zur nächsten Sitzung des Behindertenbeirates vorliegen.

einstimmig

Zu TOP 12: Info-Stelle für Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen

Herr Temme verweist auf die Berichtsvorlage und macht noch einmal deutlich, dass es sich um ein reine Auskunftsstelle handelt; eine Betreuung im Sinne von Case-Management kann nicht angeboten werden.

Frau Dahlheim begrüßt die Namensänderung der Beratungs- in Info-Stelle.

Herr Paul-Römer gibt an, dass bei der geringen Fallzahl über eine Ausweitung des Angebotes nachgedacht werden müsse. Vordringlich sei dies für den Personenkreis, der neu hinzukommt und sich noch nicht im Hilfesystem befindet, um die einzelnen Hilfesysteme zu koordinieren.

Herr Hansen ist der Ansicht, dass dies nicht nur für einen begrenzten Personenkreis, sondern für alle Betroffenen möglich sein müsse, wie es ursprünglich angedacht gewesen sei.

Man müsse daher die Einrichtung einer Beratungsstelle weiterhin verfolgen.

Herr Temme bestätigt die Aussagen von Herr Hansen; gibt aber zu bedenken, dass ein Case-Management eine Qualifizierung der Mitarbeiter und Ausweitung des Personalbestandes bedeutet, was mit erheblichen Kosten verbunden ist. Eine Realisierung sei daher fraglich.

Frau Dahlheim ergänzt, dass eine Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche nach wie vor fehlt. Dies sei auch bereits in der Fachgruppe festgestellt worden. Die Betroffenen fallen nach wie vor durch das bisher vorhandene System der Beratungs- und Koordinierungsstellen.

Zu TOP 13: Berichte aus Gremien

- Herr Engels berichtet, dass weiterhin regelmäßige Treffen mit dem GMW stattfinden.

Im laufenden Jahr sollen weitere 14 Busse mit Rampen angeschafft werden.

- Frau Leutheuser berichtet von der Pflegekonferenz, dass eine Umstrukturierung der Pflegeberatung in ein Netzwerk Pflege mit den gleichen Partnern geplant ist.

Der bereits angekündigte Pflegatlas soll nunmehr erstellt werden.

Am 07.11.04 wird in der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal eine Ausstellung zum Thema „Krankemord im Nationalsozialismus eröffnet“. (Information ist dem Protokoll als Anlage beigefügt)

- Herr Hansen berichtet von der Umwandlung des Ausländerbeirates in den Ausschuss für Migration und der damit verbundenen Möglichkeit, eigene Beschlüsse zu fassen.

Er bittet Herr Temme um Klärung, ob dem Behindertenbeirat in der nächsten Legislaturperiode nicht auch ein „Gaststatus“ gewährt werden kann.

Herr Temme schlägt vor, den Antrag zu TOP 8 entsprechend zu ergänzen.

Der Vorschlag wird angenommen.

- Herr Werner berichtet, dass das GMW einen Mitarbeiter auf Honorarbasis einstellen wird, welcher die Aufgabe hat, die barrierefreien städtischen Gebäude zu erfassen.

Zu TOP 14: Berichte aus Verwaltung

- Herr Temme berichtet, dass ab Morgen das neue Gesetz für das trägerübergreifende persönliche Budget in Kraft treten wird. Da es voraussichtlich Probleme bei der Umsetzung geben wird, bittet er um Information über anstehende Fälle.
- Herr Engels bittet Herrn Temme in der nächsten Sitzung zum SGB XII zu berichten.
- Frau Dahlheim berichtet, dass der LV im Rahmen der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen der Einrichtung von 2,4 Stellen zugestimmt hat. Die Umsetzung muss haushaltsneutral erfolgen.

Es hat ein erstes Treffen zur Einrichtung der Hilfeplankonferenz für Menschen mit geistig, körperlich und Mehrfachbehinderungen stattgefunden. Die Regularien werden in Form einer Geschäftsordnung abgestimmt werden.

Am 14.07.04 findet eine Regionalkonferenz beim LV statt.

Zu TOP 15: Verschiedenes

- Herr Engels verliest den Brief von Herr Cramer vom 01.06.2004 und die Presseerklärung des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen zur Freifahrtregelung vom 08.04.2004 (Presseerklärung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Frau Dahlheim erläutert zum Brief des Herrn Cramer, dass die Vorgehensweise durch regelmäßige Gespräche mit den Stadtwerken abgestimmt wird und bittet erneut darum, sich mit etwaigen Anliegen direkt an Herr Engels oder sie zu wenden.

Es hat ein Gespräch mit den WSW stattgefunden. In Rückkopplung mit der dortigen Finanzabteilung wird über die Änderung bzw. Umsetzung in Wuppertal informiert.

Sie habe Herrn Cramer gebeten, sein Anliegen bei der nächsten Sitzung der Fachgruppe am 09.07.2004 vorzutragen.

- Herr Krefting fragt bezüglich der Barrierefreiheit des Bahnhofes Vohwinkel nach. Herr Engels erläutert, dass nach Tel. Rücksprache mit Herr Seelmeier, DB Düsseldorf, derzeit keine Finanzen vorhanden seien, so dass vor 2008 keine Änderungen zu erwarten sind.
- Herr Werner berichtet zum Thema Behinderten-Toiletten bei öffentlichen Veranstaltungen. Er habe den Veranstalter von „Barmen-Live“ diesbezüglich angerufen. Ihm wurde zugesagt, die Toiletten seien geöffnet. Tatsächlich waren diese aber ab ca. 21.00 Uhr geschlossen.

In Duisburg gibt es eine Regelung, dass ab einer bestimmten Veranstaltungsgröße eine Verpflichtung zum Aufstellen von Toiletten besteht.

Herr Reinshagen fragt nach, wie die Regelung bei der Veranstaltung in Elberfeld sei.

Herr Werner gibt an, dies sei momentan in Klärung.

Frau Dahlheim ergänzt, dass es an einer allgemeinverbindlichen Regelung für Großveranstaltungen mangle.

Herr Engels beantragt, der Behindertenbeirat möge beschließen, einen entsprechenden Antrag zur nächsten Sitzung zu stellen.

einstimmig

- Herr Graap berichtet über die Servicestelle. Bei Einführung des SGB IX waren die Rentenversicherungsträger gezwungen, eine Servicestelle einzurichten. Vorhandene Strukturen zerschlagen und es fand eine Konzentration auf die berufliche Rehabilitation statt. Die Leistungsrahmen der Träger wurden neu definiert und bisherige Absprachen wurden ungültig.

Die Absicht war, eine gemeinsame Servicestelle mit umfangreicher Kompetenz als Anlaufstelle für alle Betroffenen zu schaffen. Es sollten Vorentscheidungen für alle Reha-Träger getroffen werden. Dies wurde so nicht umgesetzt.

Im Rahmen des SGB IX fällt der Servicestelle lediglich eine Weichenfunktion zu, es werden Anträge aufgenommen und Zuständigkeiten geklärt bzw. an die zuständigen Träger weitergeleitet; wobei die Zuständigkeit innerhalb von 14 Tagen geklärt sein muss.

Eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Servicestellen gibt es nicht.

Eine Nachfrage für die Leistungen der Servicestelle existiert auch so gut wie gar nicht.

Herr Temme gibt an, dass es keinesfalls zwingend erforderlich gewesen sei, die Servicestelle beim Rentenversicherungsträger einzurichten. Die Verwaltung habe sich ebenfalls bereit erklärt, die Servicestelle bei sich anzubinden. Erfahrungen mit Budgetierung seien vorhanden. Man habe eine trägerübergreifenden Komplex bilden wollen. Allerdings haben die Rentenversicherungsträger auf einer Einrichtung in ihrem Hause bestanden.

Aufgrund der Komplexität der einzelnen Themenbereiche, übersteigen diese mit der derzeitigen personellen Ausstattung und Qualifizierung die Beratungskapazität und – kompetenz eines Einzelnen bei Weitem.

Herr Graap gibt an, dass die Aufgabe der Servicestelle in der Kooperation mit den jeweiligen Trägern liege.

Herr Heise meint, dass die mangelnde Nachfrage durchaus aus subjektive Gründe haben könne und evtl. darin liege, dass die Servicestelle selbst bei einem Träger angesiedelt sei und die Arbeit somit nicht transparent genug wäre bzw. Zweifel an der neutralen Beratung bestünden.

Frau Dahlheim ergänzt, dass viele der Betroffenen möglicherweise auch gar nicht über die Servicestelle informiert seien, da es wenig Bekanntmachung gegeben habe.

Herr Temme übt in diesem Zusammenhang Kritik an den Verbänden. Da sich hier die Frage stelle inwieweit diese noch die Anbindung zu ihrer Klientel habe. In der Vergangenheit wurde immer wieder die Einrichtung diverser Beratungs- und Anlaufstellen gefordert, welche dann in der Praxis nicht genutzt werden.

- Frau Simon berichtet über das Haus Bilten. Das Grundstück wurde vor 10 Jahren von den Eltern über einen Trägerverein erworben. Das Haus bietet Platz für 16 behinderte junge Menschen, welche jeweils in 4er Gruppen untergebracht sind.

- Herr Engels schlägt vor, sich nach der letzten Sitzung des Behindertenbeirates am 13.09.04 zu einer Abschlussfeier im „Rojan“ in der alten Feuerwache, Gathe zu treffen.

Engels

Dr. Kühn

Berg

Anlagen

Anwesenheitsliste

Informationsblatt zur Ausstellung „Krankenmord im Nationalsozialismus“

Schreiben des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen zur Freifahrtenregelung